

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke (fehlte entschuldigt)
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Birgit Holtz
Ratsmitglied Marvin Hager

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Ausschussmitglied Petra Stomberg (fehlte entschuldigt)
Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner (fehlte entschuldigt)

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan
Ausschussmitglied Olaf Fischer (fehlte entschuldigt)

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moriß

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann (bis 11:07 Uhr)

Verwaltung

Dezernent Stadtbaurat Nikša Marušić
Techn. Betriebsleiter Tim Menke
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun (fehlte entschuldigt)
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht

Bedienstetenvertreter/in

Werner Bolinius
Günther Friedrichs
Gerrit Janßen

Externer Bedienstetenvertreter

Norbert Weinberg

Seniorenvertretung

Beratendes Mitglied Marion Reiners

Gäste

Geschäftsführung WEL/ Abteilungsleitung Kaufmännische Abteilung/Finanzen/Controlling
Iskender Evin
Abteilungsleitung Stadtreinigung, Winterdienst Kai-Uwe von Thülen (bis 11:07 Uhr)

Presse

Vertreter Wilhelmshavener Zeitung Stephan Giesers (bis 11:07 Uhr)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.12.2025
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
-keine-
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Informationen zu Themen aus den letzten Sitzungen
- 5.2 Termine Sitzung BTBW 2026

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.12.2025

Herr Lehmann stellte klar, dass der TOP 4.2-Antrag der Fraktion FDP/FW zum Thema „Verpackungsmüll“ verlesen wurde. Zudem wurde angemerkt, dass der Antrag an den Anfang gehört und ein Absatz fehlt.

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.12.2025 *in geänderter Form* wurde mit **9 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** einstimmig zugestimmt.

- 3 Beschluss über die Tagesordnung

Herr Brandt merkte an, dass gemäß Ratsbeschluss der Sitzungsbeginn auf 15:00 Uhr festgelegt ist. Es wäre wünschenswert gewesen, in der Einladung darauf hinzuweisen, dass es sich um die letzte Sitzung um 10:00 Uhr handelt, insbesondere im Hinblick auf mögliche Vertretungen, denen diese Information nicht bekannt sei.

Herr Menke dankte für den Hinweis und teilte mit, dass künftig im Rahmen entsprechender Mitteilungen über Sitzungsverschiebungen informiert werde. Zudem werde eine schriftliche Information im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Der Tagesordnung wurde mit **10x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

4 Vorlagen an den Rat

-keine_

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen zu Themen aus den letzten Sitzungen

Herr Menke informierte zu Themen aus den letzten Sitzungen:

Klinikum – Bereich vor der Baugrube - kein richtiger Gehweg, Markierung falsch, Verkehrssicherheit schaffen

Markierung kann konzeptionell angepasst werden, grundsätzliche sind Absprache zwischen Klinikum und dem FB61 Verkehrsplanung hierfür notwendig.

Edo-Wiemken-Straße/Siebethsburger Straße – Versackung

Die Streckenkontrolle wird den Sachverhalt prüfen und ggfs. Weitergabe an die Straßenunterhaltung.

Plauenstraße/Albrechtstraße Höhe - Straßenschäden

Die Streckenkontrolle wird den Sachverhalt prüfen und ggfs. Weitergabe an die Straßenunterhaltung.

Kettenstraße (südlich) - ist wegen Umleitung für Neubau Harvemonikenstraße sehr beschädigt.

Die Streckenkontrolle wird den Sachverhalt prüfen und ggfs. Weitergabe an die Straßenunterhaltung.

Schlechte Querungsmöglichkeit Friedrich-Paffrath-Straße/tom-Brok-Straße – (FGÜ) wieder errichten?

Es sind dort 2 Querungshilfen vorhanden. Nach Auskunft der Verkehrslenkung bisher noch nie ein FGÜ vorhanden.

Herr Brandt wies darauf hin, dass anstelle einer aufwendigen Ausführung möglicherweise bereits eine schlichte rote Markierung ausreichend wäre. Die weitergehende Forderung von Herrn Schön ist zwar bekannt, dennoch soll geprüft

werden, ob eine kleinere und pragmatischere Lösung realisiert werden kann.

Geh- und Radweg im Bereich Banter Weg Richtung Peterstraße auf der Seite von Schmidt & Koch ist nicht mehr verkehrssicher

Die Streckenkontrolle wird den Sachverhalt prüfen und ggfs. Weitergabe an die Unterhaltung. Aktuell sind schon einige Schadstellen abgearbeitet worden.

Überwegung Paul-Hug-Straße/Grenzstraße - Bordsteinkanten bislang nicht barrierefrei abgesenkt

Der Sachverhalt ist durch den zuständigen Straßenmeister geprüft worden und die notwendige Bordabsenkung wird durch die Straßenunterhaltung entsprechend geändert. Auf Grund der Witterungslage konnte dies noch nicht umgesetzt werden.

Nutzung Informationspavillon als Ausstellungs- bzw. Abschiedsraum für Trauerfeiern

Die Nutzung des Informationspavillons für Trauerfeiern wird als kritisch bewertet, da größere Zeremonien dort nicht angemessen stattfinden können. Zudem bestehen Bedenken hinsichtlich Nutzungskonflikten.

Während der Umbauphase der Kapelle wird der Informationspavillon als „Sargträgeraum“ genutzt und „barrierefreie Beratungsgespräche“ finden dort statt. Somit steht der Informationspavillon für Trauerfeiern nicht uneingeschränkt und auch nicht ohne Anpassungen zur Verfügung. Bei Urnenbeisetzungen finden bereits kleinere Zusammenkünfte statt, die jedoch formal nur den Beginn der Beisetzung darstellen.

Fahrradstation – Zugang vom Bahnhof

Verhandlungen mit der Deutschen Bahn stehen positiv vor dem Abschluss, Parallel dazu werden verschiedene Optionen und Potenziale für die Weiterentwicklung der Fahrradstation geprüft, unter anderem in Zusammenarbeit mit der WTF.

Herr Brandt wies auf die derzeit unbefriedigende Wegeführung hingewiesen: Beim Verlassen der Radstation muss der Bahnhof derzeit umrundet werden. Solange kein direkter Zugang zum Bahnhof freigegeben ist, führt der Weg über die Straße, da ein Blumenbeet sowie die Zufahrt zu den Parkplätzen und Parkhäusern eine direkte Querung verhindern. Es wird angeregt zu prüfen, ob hier eine kleine bauliche Lösung geschaffen werden kann, um eine direkte Wegeführung um die Ecke zu ermöglichen.

Herr Brandt berichtete ergänzend, dass es im Bereich der Fahrradstation vermehrt zu problematischen Situationen gekommen sei. Nach entsprechenden Hinweisen hätten sich dort wiederholt Personen aufgehalten, die mutmaßlich auch Betäubungsmittelgeschäfte abgewickelt und Besucherinnen sowie Besucher teilweise belästigt hätten. Daher wird angeregt, die Sicherheit zu erhöhen, unter anderem durch den Einsatz von Videoüberwachung mit Aufzeichnungsfunktion.

Herr Menke verwies darauf, dass dies ein übergeordnetes Thema für Sicherheit im öffentlichen Raum ist. Meldungen oder Störungen der Fahrradstation liegen für die TBW keine vor.

Alle weiteren Anfragen wurden in die Arbeitsauftragsliste übernommen und werden nach ihrer Abarbeitung unter dem TOP ‚Informationen zu Fragen aus den letzten Sitzungen‘ erneut aufgegriffen.

5.2 Termine Sitzung BTBW 2026

Herr Menke erklärte, dass gemäß dem bestehenden Ratsbeschluss alle Rats- und Ausschusssitzungen grundsätzlich um 15:00 Uhr beginnen sollen, wobei dies für Freitagstermine bislang nicht einheitlich gilt. Es wurde geprüft, an welchen Freitagen Termine ohne Überschneidungen mit anderen Ausschüssen möglich sind, und auf dieser Basis eine Abstimmung mit den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden durchgeführt.

Die heutige Sitzung sowie die Sitzung im März finden freitags aus organisatorischen Gründen um 10:00 Uhr statt. Für April, Mai und Juni sind die Sitzungen jeweils an einem Montag um 15:00 Uhr geplant: 13.04., 04.05. und 23.06. Der Termin am 14.08. bleibt vorerst bestehen, da er mit Vorbereitungsarbeiten nach den Ferien zusammenhängt; Änderungen sind ggf. noch möglich. Der BTBW im September findet ebenfalls am Freitag, 04.09., statt. Für November und Dezember sind weitere optionale Termine vorgesehen; die endgültige Festlegung erfolgt gesondert. Herr Menke teilte ebenfalls mit, dass die Termine entsprechend im RIS angepasst werden.

Her Brandt bat darum, künftig in der Einladung zu Sitzungen – insbesondere bei Terminen wie im März um 10:00 Uhr – eine kurze Begründung aufzunehmen, sofern ein früherer Sitzungsbeginn erforderlich ist, weil kein alternativer Termin gefunden werden konnte. Dadurch sollen auch die Vertreterinnen und Vertreter frühzeitig informiert und nachvollziehbar eingebunden werden.

Herr Marušić regte an, für das kommende Jahr die Sitzungshäufigkeit grundsätzlich zu überprüfen. Angesichts der Anzahl der Ausschüsse und der begrenzten Sitzungstage sei es organisatorisch nicht leistbar, sämtliche Sitzungen um 15:00 Uhr beginnen zu lassen. Zur Lösung werden drei Optionen benannt: eine Verlängerung des Sitzungsturnus, eine Reduzierung der Ausschüsse oder die Akzeptanz mehrerer Termine pro Tag. Eine dieser Maßnahmen werde erforderlich sein, da die derzeitige Praxis die Vorbereitung auf unmittelbar aufeinanderfolgende Ratssitzungen erheblich erschwere. Gegebenenfalls müsse auch der Ratsturnus um eine Woche entzerrt werden. Die weitere Abstimmung hierzu soll im Rat erfolgen.

5.3 Sachstandsabfrage Einwegkunststofffond

Herr Lehmann wies darauf hin, dass zu dem zuvor vorgestellten Antrag weiterhin Ergebnisse beziehungsweise Rückmeldungen ausstehen. Er bezog sich dabei auf die Ausführungen von Frau Schun (vgl. Protokoll, Seite 6), wonach eine detaillierte Materialaufstellung sowie ergänzende Unterlagen nachgereicht werden sollten. Diese seien bislang nicht eingegangen; zudem seien offene Fragen noch nicht vollständig beantwortet.

Im Zusammenhang mit dem Antrag zum Einwegkunststofffondsgesetz erkundigte sich **Herr Lehmann** nach dem aktuellen Sachstand. Er verwies darauf, dass hierfür Mittel in Aussicht gestellt und eigens eine Stelle zur Vorbereitung entsprechender Anträge eingerichtet worden sei. Vor diesem Hintergrund bat er um Mitteilung, ob inzwischen eine Rückmeldung vorliegt, ob nachgehakt wurde und mit welcher Bearbeitungsdauer zu rechnen ist.

Herr Menke teilte mit, dass die bereits geplante ausführlichere Information krankheitsbedingt verschoben werden musste. Im Zusammenhang mit dem Gesamtthema – einschließlich einer vorgesehenen Präsentation zur Verpackungssteuer – soll dies nun im März im nächsten Ausschuss nachgeholt und in erweiterter Form vorgestellt werden.

Herr von Thülen ergänzte zum Einweg-Kunststofffonds, dass die Frist zur Antragstellung mehrfach verlängert worden sei. Der Antrag sei fristgerecht zum 31.12.2025 eingereicht worden. Seitdem befänden sich alle Verfahrensbeteiligten im Wartestatus. Die eingereichten Unterlagen und Zahlen würden derzeit von der zuständigen zentralen Stelle geprüft.

Da jährlich lediglich ein festgelegtes Gesamtbudget zur Verfügung stehe, erfolge die spätere Mittelverteilung auf Basis eines noch zu berechnenden Verteilungsschlüssels. Die Bearbeitung nehme offenbar erhebliche Zeit in Anspruch; mit einer kurzfristigen Entscheidung sei derzeit nicht zu rechnen.

Parallel dazu seien die erforderlichen Daten für die nächste Antragsrunde bereits zusammengestellt worden. Insgesamt handle es sich um ein mehrjährig angelegtes Verfahren, sodass konkrete Aussagen zur weiteren Entwicklung aktuell nicht möglich seien.

5.4 Überarbeitung Winterdienst Satzung

Herr Becker schilderte ausführlich die derzeitige Lage des Winterdienstes in der Stadt und stellte klar, dass die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger – insbesondere angesichts der aktuellen Witterungsverhältnisse – oberste Priorität haben müsse. Es sei nicht akzeptabel, dass Anwohnerinnen und Anwohner, vor allem ältere Menschen, Schnee- und Eisbeseitigung eigenständig übernehmen müssten.

Die personelle und technische Ausstattung des TBW sei unzureichend; Überstunden, Nachtarbeit und begrenzte Ressourcen verschärften die Situation zusätzlich. Daher werde eine grundlegende Neuorganisation des Winterdienstes

gefordert, um besser auf außergewöhnliche Wetterlagen vorbereitet zu sein. In diesem Zusammenhang wurden auch Kooperationen mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW, Landwirten sowie weiteren ehrenamtlichen Kräften angeregt. Ziel sei es, neben den Hauptstraßen auch Nebenstraßen sicher begeh- und befahrbar zu halten, um die uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben zu gewährleisten.

Die Verantwortung liege sowohl bei der Verwaltung als auch beim Ausschuss. Für den kommenden Winter solle ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet werden, das personelle, materielle und organisatorische Ressourcen bündelt. Die Fraktion werde sich für eine fraktionsübergreifende Abstimmung und Umsetzung ohne parteipolitische Interessen einsetzen. Konkrete Maßnahmen seien noch zu beraten, entscheidend sei jedoch eine frühzeitige Vorbereitung.

Herr Brandt stimmte den Ausführungen ausdrücklich zu und ergänzte insbesondere die Problematik des Winterdienstes beim Ein- und Aussteigen in Busse. Vor allem für Menschen mit Kinderwagen oder Rollatoren stelle die Situation eine erhebliche Herausforderung dar. Schnee und Glätte auf Gehwegen, Schneewehen vor den hinteren Bustüren sowie unzureichend geräumte Übergänge erschwerten die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich.

Ebenfalls betonte **Herr Brandt**, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Handlungsdefizit handele. Die Notwendigkeit, die Organisation des Winterdienstes zu optimieren und frühzeitig auf kommende Winter vorbereitet zu sein, wurde nochmals unterstrichen. Zudem wurde auf ein Schreiben von Verdi verwiesen, zu dem die Fraktion eine Stellungnahme – insbesondere im Hinblick auf Personalressourcen und deren Einsatz – erwartet.

Die Sicherstellung der Barrierefreiheit sowie die Unterstützung vulnerabler Personengruppen im Winterdienst wurden als zentrale Verantwortung der Stadt hervorgehoben.

Herr Friedrichs betonte, dass neben der Verantwortung der Verwaltung auch die Mitwirkung der Anwohnerinnen und Anwohner erforderlich ist, insbesondere bei der Schneeräumung an Bushaltestellen. Es wird darauf hingewiesen, dass an den Haltestellen mehrere Teilbereiche zu koordinieren seien, was künftig systematischer angegangen werden müsse.

Zudem wird die Problematik der Müllabfuhr angesprochen: Vereiste Hinterhöfe und Straßen erschwerten das Herausstellen der Mülltonnen, wodurch Abholungen verzögert werden. Herr **Friedrichs** unterstreicht, dass Verwaltung, TBW, private Reinigungsunternehmen und Bürger gemeinsam Verantwortung tragen müssen, um eine funktionierende Streu- und Räumorganisation sicherzustellen.

Darüber hinaus wird auf die unzureichende Ausstattung und den Fachkräftemangel hingewiesen: Fahrzeuge für den Winterdienst seien teilweise sehr alt, Salzvorräte müssten inzwischen aus dem Ausland beschafft werden, und qualifizierte Fachkräfte fehlten. Er fordert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vergütung, um Personal zu halten und den Winterdienst zuverlässig zu gewährleisten. Schließlich wird angemerkt, dass eine langfristige, fachlich

fundierte Planung erforderlich ist, um sowohl die Haupt- als auch Nebenstraßen sicher zu halten.

Herr Suberg resümierte, dass die Herausforderungen beim Winterdienst kein lokales Problem von Wilhelmshaven darstellen, sondern bundesweit auftreten. Dabei betonte er, dass die Stadt über eine gewisse Resilienz gegenüber extremen Witterungsverhältnissen verfügen müsse. Dies erfordere finanzielle Mittel, da entsprechende Ressourcen – Personal, Geräte und Streumaterialien – bereitgestellt werden müssen, auch wenn solche Winter nicht jedes Jahr eintreten. Zudem sprach er die Kapazitäts- und Ressourcenplanung an. Es solle nicht nur der Standardbetrieb betrachtet, sondern auch Extremsituationen in sogenannten „Was-wäre-wenn“-Szenarien einbezogen werden. Dazu gehöre, frühzeitig Vorräte wie Streusalz sicherzustellen und den Einsatz von Personal und Fahrzeugen strategisch zu planen. Ziel sei, den Bedarf sachlich zu begründen, sodass Maßnahmen nachvollziehbar vorbereitet werden können, anstatt nur ad hoc reagieren zu müssen.

Herr Weinberg verwies auf das zuvor erwähnte Schreiben von Verdi und forderte, die Flächen- und Personalplanung für den Winterdienst zügig voranzubringen. Er schlug vor, hierzu zeitnah einen runden Tisch mit der Gewerkschaft einzuberufen, um eine gemeinsame Abstimmung und Planung sicherzustellen und die Einsatzfähigkeit des Winterdienstes zu gewährleisten.

Herr Marušić bestätigte, dass die Hinweise der Ausschussmitglieder zutreffen und dass die Umsetzung an einigen Stellen noch verbessert werden kann. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die derzeitige Situation eine Extremsituation darstellt. Solche außergewöhnlichen Wetterlagen treten statistisch nur sehr selten auf, werden durch den Klimawandel jedoch zunehmend häufiger. Es wurde klargestellt, dass der technische Winterdienst nicht dauerhaft auf Extremfälle ausgelegt werden kann. Wichtig sei jedoch, Zusatzoptionen bereitzuhalten, etwa durch den Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge, Kooperationen mit Landwirten oder anderen Partnern sowie kreative Lösungen, um in Extremsituationen ausreichend Kapazitäten sicherzustellen.

Abschließend lobte **Herr Marušić** ausdrücklich den Einsatz der Mitarbeitenden, deren Engagement besonders unter schwierigen Bedingungen hervorzuheben sei. Es wurde vereinbart, ein flexibles, schlankes System aufzubauen, das im Bedarfsfall durch Vertragskapazitäten oder zusätzliche Maßnahmen schnell erweitert werden kann, um auch langfristig handlungsfähig zu bleiben.

Frau Mandt wies auf zwei zentrale Aspekte hin: Erstens auf die Sacharbeit des Ausschusses und des Rates, um Lösungen für den Winterdienst konkret zu prüfen. Dabei wird der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen angesprochen, der die Flächen vergrößert und Fragen aufwirft, wer die Reinigung und Räumung übernehmen soll, da städtische Räumdienste die Flächen schnell wieder zustreuen.

Zweitens wurde die Rolle der Landwirte hervorgehoben. Sie sorgen bereits freiwillig dafür, dass Zufahrten für Notdienste, Nebenstraßen, Hofeinfahrten und

Parkplätze geräumt bleiben. Besonders Milchviehbetriebe räumen regelmäßig die Straßen, um die Milchversorgung sicherzustellen. Dies zeige einen funktionierenden lokalen Zusammenhalt, der mit gezielter Unterstützung – z. B. Bereitstellung von Geräten oder Streusalz – effektiv ergänzt werden könne.

Herr Kullik verließ die Sitzung von 10:32 bis 10:35 Uhr

Herr Menke hob hervor, dass die geschilderten Herausforderungen die Mitarbeitenden vor besondere Belastungen stellen. Seit Anfang Januar sind über 60 Mitarbeitende im Zwei-Schicht-System durchgehend im Einsatz, was die Situation zusätzlich erschwert. Die Betriebsleitung würdigte den Einsatz und unterstrich, dass es sinnvoll ist, gemeinsam an Verbesserungen zu arbeiten.

Herr Lehmann betonte, dass Staat und Stadt nicht jede Situation vollständig regeln können und eine hundertprozentige Sicherheit in allen Lebenslagen nicht erreichbar ist. Gleichzeitig lobte er das Engagement des TBW, das insbesondere bei Extremwetterlagen einen sichtbaren und guten Einsatz zeigt. Er wies darauf hin, dass Extremwetterlagen frühzeitig medial angekündigt werden, sodass Bürgerinnen und Bürger eigene Vorsorgemaßnahmen treffen können, etwa Vorräte anlegen oder Unterstützung durch Nachbarschaften in Anspruch nehmen.

Frau Mandt stellte klar, dass Nachbarschaftshilfe insbesondere für ältere Menschen nicht ausreicht, da sie auf Termine wie Arztbesuche angewiesen sind. Die dreiwöchige Frostperiode habe gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger nicht immer selbst für Sicherheit sorgen können. Deshalb wird der ÖPNV als zentrale Infrastruktur hervorgehoben, die selbstständige Mobilität sicherstellen muss.

Frau Reiners schloss sich **Frau Mandt** an und wies ergänzend auf Lieferdienste hin, die insbesondere ältere Menschen unterstützen können.

Herr Becker schloss die Diskussion und begrüßte ausdrücklich den konstruktiven Austausch sowie den engagierten Einsatz aller Beteiligten. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass trotz guter Arbeit weiterer Handlungsbedarf besteht, insbesondere bei barrierefreien Wegen, Rampen sowie der sicheren Nutzung von Schul- und Gehwegen für ältere Menschen und Personen mit Rollator.

Auch die Auswirkungen auf Geschäfte und Arztpraxen wurden angesprochen: Glätte und eingeschränkte Erreichbarkeit führten dazu, dass Kundinnen, Kunden sowie Patientinnen und Patienten Termine nicht wahrnehmen konnten, was gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen habe.

Eine pauschale Empfehlung, ältere Menschen über Wochen hinweg zu Hause zu lassen, sei nicht vertretbar. Hilfsangebote und familiäre Unterstützung seien wichtig, dürften aber die Selbstständigkeit nicht einschränken.

Abschließend regte **Herr Becker** an, die Thematik zeitnah und sachlich weiter zu beraten, um konkrete Verbesserungen für zukünftige vergleichbare Situationen zu erarbeiten.

An der entstehenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Moriß, Suberg** und **Becker** sowie **Frau Mandt**.

5.5 Müllentsorgung Firma Augustin

Herr Brandt berichtete über seine Beobachtungen zur Müllentsorgung durch die Firma Augustin. Trotz der Witterungsverhältnisse seien Restmüll-, Bio- und Papiertonnen geleert worden, die Gelben Tonnen hingegen nicht. Auf Nachfrage habe die Firma mitgeteilt, dass zunächst eine Abstimmung mit der Stadt erfolgen und gestreut werden müsse, bevor eine Leerung möglich sei. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, weshalb mehrere Entsorgungsfahrzeuge die Straße befahren konnten, das Fahrzeug für die Gelben Tonnen jedoch nicht.

Herr Evin erläuterte, dass die extremen Wetterbedingungen mit Glätte und starkem Schneefall sowohl die kommunale Abfallsammlung als auch die privatwirtschaftlich organisierte Sammlung der Gelben und Blauen Tonnen erheblich beeinträchtigt hätten. Teilweise habe auch die kommunale Sammlung vorübergehend eingestellt werden müssen. In solchen Fällen würden Sonderleerungen angeboten und entsprechend kommuniziert, unter anderem über die App „Meine Müll“.

Für die Sammlung der Gelben Tonnen seien die Dualen Systeme Deutschland zuständig, konkret die Firma Reclay als Vertragspartner, die die Durchführung über die Firma Augustin organisiere. Die Stadt sei hier nicht direkter Vertragspartner und daher nur eingeschränkt handlungsfähig. Gleichwohl habe die Verwaltung Gespräche mit Reclay und Augustin geführt und auf Sonderleerungen sowie eine verbesserte Abstimmung gedrängt. Beschwerden aus der Bevölkerung und von Wohnungsbaugesellschaften lägen vor. Weitere Gesprächstermine seien vereinbart, um die Problematik zu erörtern und nachhaltige Verbesserungen zu erreichen. Ziel sei eine verlässlichere Lösung durch einen engen Dialog aller Beteiligten.

Herr Friedrichs fragte, ob die WEL, die zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gegründet wurde, künftig auch die Sammlung der Gelben Säcke bzw. Gelben Tonnen oder der Papiertonnen übernehmen und sich im Rahmen entsprechender Ausschreibungen am Wettbewerb beteiligen könne. Aus seiner Sicht arbeite die WEL zuverlässig und bürgernah, etwa durch Sonderleerungen und eine eigene Müll-App. Er erkundigte sich, ob eine Beteiligung rechtlich und strukturell möglich oder ausgeschlossen sei.

Herr Evin führte aus, dass die Entscheidung aus dem Jahr 2015, die kommunale Sammlung nicht an private Dritte zu übertragen, richtig gewesen sei, da die Stadt über ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft WEL direkten Einfluss habe. Für die Sammlung der Leichtverpackungen (Gelbe Tonne) seien jedoch weiterhin die Dualen Systeme Deutschland zuständig. Ob sich die WEL künftig an entsprechenden Ausschreibungen beteiligen könne, müsse geprüft werden. Grundsätzlich sei eine Teilnahme an einem Vergabeverfahren denkbar, sofern ein

wirtschaftlich tragfähiges Angebot vorgelegt werde. Allerdings wäre dies mit erheblichen zusätzlichen Investitionen, insbesondere in Logistik- und Entsorgungskapazitäten, verbunden und daher nicht ohne Weiteres kurzfristig umsetzbar.

Herr Moriße verließ die Sitzung von 10:58 Uhr bis 10:59 Uhr

Herr Suberg wies darauf hin, dass die Probleme bei der Sammlung bundesweit auftreten, und fragte nach Zusammenschlüssen von Kommunen, die gemeinsam gegenüber den Dualen Systemen auftreten könnten, sowie nach Ansprechpartnern und Kommunikationsstrukturen.

Herr Evin erklärte, dass die Dualen Systeme Deutschland weiterhin Auftraggeber sind. Bei Problemen – z. B. nicht geleerten Glascontainern – nimmt die Stadt direkten Kontakt mit Reclay und Augustin auf. Beschwerden werden gesammelt gebündelt weitergeleitet, um Verbesserungen zu erzielen, und die Verwaltung steht weiterhin im engen Austausch mit den Verantwortlichen. **Herr Evin** betonte ebenfalls, dass eine kostenlose Ablage der Gelben Säcke bei der WEL jederzeit möglich ist.

Es lagen keine weiteren Wortbeiträge unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen und Anfragen vor.

Herr Moriße schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:07 Uhr.

*Die Herren Giesers, Lehmann und von Thülen verließen um 11:07 Uhr die Sitzung
Frau Reiners verließ die Sitzung von 11:07 bis 11:21 Uhr*

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 11:38 Uhr

gez.

Dezernent

gez.

Vorsitzende/r

gez.

Protokollführer/in